

Kandidat des Seebezirks und des Kantons

FDP-Vizepräsident **Markus Ith** will in den Staatsrat. Er wurde von einer Koalition aus Mitte-Rechts-Parteien des Seebezirks als gemeinsamer Kandidat auf den Schild gehoben. Seit 20 Jahren hatte der Seebezirk keinen Staatsrat mehr. Das sei aber kein Argument, ist Ith überzeugt.

FAHRETTIN CALISLAR

Er will dem Kanton etwas zurückgeben, sagt Markus Ith. Das klinge hochtrabend, doch er meine es so. Das sei seine Motivation, für den Staatsrat zu kandidieren. Er wolle mit-helfen, die Lebensbedingungen zu verbessern. «Diese Motivation ist noch stärker, seit ich Familienvater bin.» Der



zweite Beweggrund sei vielen Politikern bekannt: «Wenn man mal vom Virus angesteckt wurde, kommt man fast nicht mehr davon weg.» Und: Nach zehn Jahren im Kantonsparlament will der 39-Jährige einen Schritt weiter gehen. «Ich kann im Grossen Rat zwar etwas einbringen und dann beurteilen, aber die Ausarbeitung und Umsetzung fehlen.» Er wolle nun die Seiten wechseln.

In einer Exekutive könne er konkreter und unmittelbarer Einfluss nehmen, seine Ideen direkter einbringen. Im Gegensatz zum Amt als Gemeinderat könne man Staatsrat von Beruf sein. Das sei zentral, denn: «So, wie ich ein politisches Amt ausführe, nämlich ganz oder gar nicht, kann ich mir das neben einem Vollzeit-Job nicht vorstellen.»

Ein einzigartiges Profil

Im Grossen Rat fällt er als Wortführer der FDP auf. Doch die Verwaltung mit Vorstössen und somit Arbeit einzudecken, sei seine Sache nicht. «Ich habe noch nie ein Postulat eingereicht und werde das auch nie tun. Entweder hast du eine Idee und willst etwas ändern – dann machst du eine Motion – oder du willst etwas wissen und machst eine Anfrage.»

Es sei der richtige Zeitpunkt, sagt Ith. Vor allem wegen der Konstellation: «Mein Profil ist unter den Kandidaten einzigartig. Ich kann der Regierung geben, was ihr mit dem Rück-



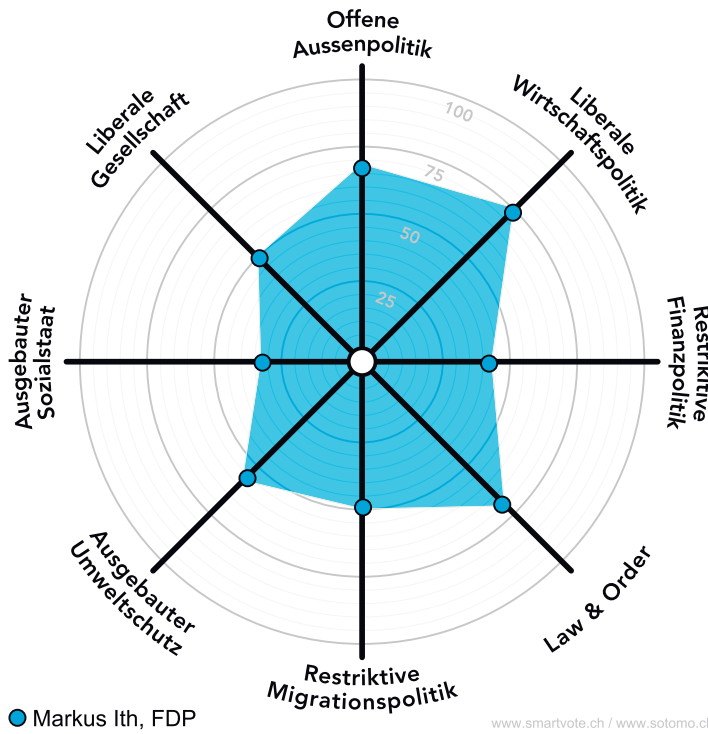
Markus Ith ist trotz seiner nur 39 Jahre schon ein alter Hase auf dem Freiburger Politparkett.

Bild ae

tritt von Claude Lässer verloren geht.» Seine wirtschaftliche Erfahrung sei sein Plus und sein politischer Schwerpunkt. Er komme aus der Privatwirtschaft. Und die Wirtschaft leiste einen entscheidenden Beitrag für die Entwicklung des Kantons. «Ich will gute Rahmenbedingungen.»

Boden ist das Hauptthema

Die Raumplanung ist sein besonderes Steckenpferd. Darunter fasst er Wohnen und Arbeiten zusammen. «Die zur Verfügung stehenden Flächen im Kanton sind beschränkt», weiss Ith. Es sei klar, dass der Boden zudem auch für Erholung und Tourismus erhalten werden müsse. «Die ganze Bodenpolitik war aber zu wenig proaktiv und vorausschauend», kritisiert er. «In vielen Dossiers scheint mir die Weit-



sicht zu fehlen.» Man überlege sich zu wenig, was in fünf oder zehn Jahren sei und was geändert werden müsse. «Es ist mehr ein Reagieren als ein Regieren. Gut läuft seiner Ansicht nach die Finanzpolitik. Darauf könne man trotz Wolken am Horizont bauen.»

Keine interne Konkurrenz

Im Transportbereich müsse man die Verbindungswege innerhalb des Kantons und jene nach ausserhalb berücksichtigen. Aber: «Je mobiler man ist, desto weiter kann der Wohnort vom Arbeitsort weg sein.» In der Energiepolitik sei er zwar auch der Meinung, dass Energie langfristig möglichst ökologisch, autonom und autark produziert werden soll. «Aber man darf die Realitäten nicht ausblenden und etwas sofort umsetzen, was sich langfristig als Schaden erweist.» Sein letzter Punkt: Die Steuerfrage. «Es spricht nichts dagegen, dass wir in der Westschweiz dieselbe Rolle spielen könnten, wie die Innerschweiz für die Deutschschweiz spielt.»

Dass er und sein Greyerzer Parteikollege Maurice Ropraz gleich beide für den frei werdenden FDP-Sitz antreten, ist für ihn kein Widerspruch. Das sei keine Konkurrenzsituation. Sie ergänzten sich mit ihren Fähigkeiten. «Es spricht nichts dagegen, dass der Wähler uns beide auf seinen Wahlzettel schreibt. Er muss sich nicht zwischen uns entscheiden.»

Kandidat des Seebezirks

Iths Kandidatur wurde von Anfang an als «gemeinsame Kandidatur» des Seebezirks verstanden. Einerseits, entgegen er, habe keine Region einen «Rechtsanspruch» auf Sitze. Er sage ja nicht: «Ich bin ein Seebezirker, deshalb müsst ihr mich wählen.» Andererseits: «Der Seebezirk kann mit seinen Besonderheiten dem ganzen Kanton dienen.» Er denke an die Zweisprachigkeit: «Diese Menschen in einem Bezirk zusammenzuhalten, damit haben wir Erfahrung.» Nach 20 Jahren sei es an der Zeit, dass der Seebezirk wieder einen Staatsrat habe. Er habe

zwar immer gesagt: «Es wird nicht besser, wenn wir einen Vertreter im Staatsrat haben.» Das sei illusorisch. Es würde aber die Wege verkürzen, und bei Diskussionen wäre die Sensibilität für die Interessen des Seebezirks schon vorhanden. «Wir müssten sie nicht erst ins Parlament und in die Debatte hineinbringen.»

Im Grossen Rat könne man die regionalen Interessen besser vertreten, weiss Ith. Nicht immer steht der Wille der Partei im Vordergrund, ab und zu entscheide die Herkunft. Das sei im Staatsrat nicht so. Zwar könne man sich in der Debatte einbringen, doch dann müsse man die Interessen des ganzen Kantons im Sinne des Kollegiums vertreten. «Es geht nur eine Meinung an die Öffentlichkeit, und das ist richtig so.»

Die FN porträtiert die Kandidierenden für den Staatsrat. Bisher erschienen: Albert Bachmann (5.10.), Isabelle Chassot (7.10.), Anne-Claude Demierre (8.10.), Xavier Ganiot (10.10.), Marie Garnier (11.10.).

Alle Porträts der Staatsratskandidatinnen und -kandidaten unter «Wahlen 2011» auf www.freiburger-nachrichten.ch.

Gretchenfragen: Der Kandidat als Privatmensch

Vier unpolitische Fragen an den Staatsratskandidaten Markus Ith (FDP).

Welches Gesetz würden Sie gerne abschaffen?

Jedes Gesetz, das einer liberalen Philosophie entgegenläuft. Das könnte zum Beispiel ein Ladenöffnungsgesetz sein.

Welches Talent hätten Sie gerne gehabt?

Ein bisschen mehr Geduld.

Was war Ihr Berufswunsch als Kind?

Lokomotivführer.

Mit wem würden Sie gerne zu Abend essen?

Barack Obama. Ich würde ihm gerne mal sagen, was er zu tun hat. fca

Mit Flugblatt gegen Windturbinen

Die Gegner des Windkraftwerkes auf dem Schwyberg wollen Bevölkerung und Politik für sich gewinnen. Ihr Vorbild: Der Widerstand gegen die Antenne auf dem Moléson.

PASCALE HOFMEIER

FREIBURG «Windturbinen auf allen Bergen?» Mit dieser Frage richtet sich die Vereinigung «Rettet den Schwyberg - Sauvez les Préalpes» heute mit einem Flugblatt an alle Haushalte der Stadt Freiburg. Der Zeitpunkt für die Flugblatt-Aktion kurz vor den Wahlen ist nicht zuletzt durch den Widerstand gegen die Arme-Antenne auf dem Moléson inspiriert. «Beim Moléson haben sich die Leute gefragt 'Geh't's noch?' Wir finden, beim Schwyberg und den anderen Windprojekten im Kanton müsste die Reaktion der Bevölkerung und der Politik gleich sein», sagte Dietrich Meyer, Präsident der Vereinigung, gestern vor den Medien. «Wir sind nicht gegen erneuerbare Energien. Aber wir sind der Meinung, dass Windturbini-

nen keine grüne Energie sind», sagte Meyer weiter. Die Schweiz sei kein Wind-Land, und die Menge Energie, die gewonnen werde, stehe in keinem Verhältnis zum Schaden an der Landschaft. Es sei richtig, die Atomenergie zu ersetzen. Aber es stelle sich die Frage wie. Eine Studie der ETH Zürich zeige, dass die inländische Energieproduktion prioritär mit Fotovoltaik, Biomasse und Geothermie erfolgen solle. Und: «Das Bundesamt für Energie hat keinen einzigen Standort für Windenergieanlagen im Kanton Freiburg prioritär eingestuft.»

Entscheid vor Ende Jahr

Der Verein «Rettet den Schwyberg» kämpft seit mehr als zwei Jahren gegen den Bau von neuen Windturbinen auf dem Schwyberg und auch gegen

die weiteren geplanten Windparks im Kanton Freiburg (Käsenberg, Les Paccots und La Berra). «Wenn die Anlage auf dem Schwyberg gebaut wird, dann hat das Vorbildcharakter für die anderen Projekte», sagte Bruno Köstinger, Gründungsmitglied des Vereins.

Im Genehmigungsverfahren für die neun Windturbinen auf dem Schwyberg ist der Verein «Rettet den Schwyberg» nicht einspracheberechtigt. Das Verfahren ist durch hängige Einsprachen anderer Umweltverbände blockiert. Wann der Entscheid über die Bewilligung fallen wird, ist noch nicht klar. Nach Auskunft des zuständigen Staatsrates Pascal Corminboeuf will dieser aber noch vor dem 22. Dezember, seinem letzten Tag im Amt, entscheiden.

Stadt Freiburg will Agenda 21 mit zusätzlicher Stelle wiederbeleben

Nach zehn Jahren ist bei der Agenda 21 von Bürger-Initiativen nichts mehr zu spüren. Die Stadt müsse die Bevölkerung wieder stärker mit einbeziehen, fordern die Initianten von damals.

FREIBURG Vor knapp zehn Jahren haben sich Bewohner der Freiburger Viertel zu Themen-Ateliers getroffen, haben diskutiert, Ideen für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt ausgetauscht und eine Anzahl Projekte ausgewählt, die die Gemeinde verwirklichen sollte. Einen Grossteil der Agenda-21-Themen hat diese seither auch in Angriff genommen. Trotzdem – oder gerade deshalb – sind die Bürgerinitiativen in den letzten Jahren fast

zum Erliegen gekommen. Am Mittwochabend fanden sich gerade ein Dutzend Interessierter zum Informationsabend ein. Rainer Weibel von den Grünen sprach laut aus, was alle dachten: «Ich habe Sorge, dass die Agenda 21 zugrunde geht.»

Erprobtes Modell

Diese Befürchtung hat auch Vize-Syndic Jean Bourgné (CVP). «Wir suchen zurzeit nach Lösungen, um das Verfahren neu zu beleben.» Ein Namenswechsel sei dabei ebenso diskutiert worden wie eine eigene Internetseite, wie es sie bereits für die Umgestaltung der Schützenmatte gebe. Für den Vize-Syndic ist klar: «Die Stadt Freiburg will die nachhaltige Entwicklung weiter in ihre Überlegungen einbeziehen.» Neuen Aufschwung verspricht sich der

Gemeinderat von einem neu zu schaffenden Posten in der Verwaltung. Das Modell hat die Stadt beim Kanton abgesehen. Im Sommer 2009 hatte dieser den Posten eines «Delegierten für nachhaltige Entwicklung» geschaffen; im Juli stellte er seine konkreten Massnahmen vor (die FN berichteten).

«Damit würde der Bevölkerung eine Kontaktperson zur Verfügung gestellt, die einen Überblick über alle Projekte hätte», führte Bourgné aus – etwas, was die Dienstchefs heute nicht übernehmen könnten. Der Gemeinderat will den Posten in das Budget 2012 aufnehmen.

Die Zuhörer begrüsst den Vorschlag. Sie forderten auch, dass die Quartiervereine und dadurch die Bewohner wieder stärker erhört würden. cf